

Hormongifte stoppen!

Wir brauchen einen EDC-Aktionsplan

Forderungen der Zivilgesellschaft an die Bundesregierung



Alexandra Caterbow
HEJSupport

Susanne Smolka
PAN Germany

Johanna Hausmann
WECF Germany

Unterstützer

Die folgenden Organisationen unterstützen die Forderungen



Erstunterzeichner

Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND)

CHEM Trust

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)

Deutscher Allergie und Asthma Bund (DAAB)

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Deutsche Umwelthilfe (DUH)

European Center for Environmental Medicine

Forum Umwelt und Entwicklung

Greenpeace

Ökologischer Ärztenbund

Hormongifte schaden Gesundheit und Umwelt

Es ist höchste Zeit, Hormongifte, sogenannte Endokrine Disruptoren oder EDCs (Endocrine Disrupting Chemicals), auch in Deutschland strenger zu regulieren. Die Bevölkerung und die Umwelt sind ständig schädlichen EDCs ausgesetzt. Politische Entscheidungsträger*innen in Deutschland engagieren sich bisher nicht ausreichend, um die Bevölkerung, besonders die empfindlichen Gruppen unserer Gesellschaft, sowie unsere Umwelt angemessen zu schützen.

Laut wissenschaftlichen Erkenntnissen kann die Exposition gegenüber EDCs schwerwiegende Folgen haben, wie z.B.:

- Auftreten bzw. die Zunahme von Erkrankungen, die mit hormonell schädlichen Stoffen in Zusammenhang stehen, wie Unfruchtbarkeit, Hodenkrebs, Brustkrebs, Diabetes, Entwicklungs-, Lern- und Verhaltensstörungen¹
- Kinder sind besonders betroffen, Neugeborene sind bereits mit schädlichen Chemikalien, wie z.B. EDCs, belastet²
- Kosten für das Gesundheitssystem in Milliardenhöhe³
- Umweltschäden bei Wildtieren und Artenvielfalt⁴

Daher fordern die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft und Einzelpersonen einen nationalen Aktionsplan zum Schutz vor Endokrinen Disruptoren.

Auf unserer Website Hormongifte stoppen! finden Sie unser Hintergrundpapier und weitere Informationen.

Wo befinden sich Hormongifte?

Hormongifte kommen in vielen Alltagsprodukten vor wie Spielzeug, Kleidung, Kosmetika, Lebensmittelverpackungen oder Möbeln, als Rückstände von Pestiziden in Lebensmitteln und von Bioziden in behandelten Erzeugnissen und sie werden als Pestizide oder Biozide absichtlich in die Umwelt freigesetzt. Menschen nehmen EDCs über die Nahrung, (die Atmung und Hautkontakt auf. Eine spezifische

¹ WHO/UNEP (2012): State of the science of endocrine disrupting chemicals – 2012, <https://www.who.int/ceh/publications/endocrine/en/>

² Di Renzo, G.C. et al (2015): International Federation of Gynecology and Obstetrics opinion on reproductive health impacts of exposure to toxic environmental chemicals, Int. J. of Gynecology of Obstetrics, <http://dx.doi.org/10.1016/j.ijgo.2015.09.002>

³ Hauser, R., Skakkebaek, N. E., Hass, U., Toppari, J., Juul, A., Andersson, A. M., ... Trasande, L. (2015). Male reproductive disorders, diseases, and costs of exposure to endocrine-disrupting chemicals in the European Union. *Journal of Clinical Endocrinology and Metabolism*, 100(4), 1267–1277. <https://doi.org/10.1210/jc.2014-4325>

⁴ EEA (2012): The impacts of endocrine disruptors on wildlife, people and their environments. The Weybridge+15 (1996–2011) report. <https://www.eea.europa.eu/publications/the-impacts-of-endocrine-disruptors>

Gefahrenkennzeichnung oder Deklarierungspflicht bei Produkten mit EDCs gibt es nicht.

Verbraucher*innen sind also unwissentlich über verschiedenste Quellen und Wege gegenüber EDCs exponiert und können keine informierte Kaufentscheidung treffen. Vor allem für Schwangere und Kinder birgt ein Kontakt mit Hormongiften besondere Risiken. Das Schutzniveau, besonders für diese empfindlichen Gruppen, ist bei der gegenwärtigen gesetzlichen Lage nicht ausreichend. Es gibt ungefähr 1400 Stoffe, für die eine endokrine Wirkung nachgewiesen oder vermutet wird.⁵ Dazu gehören Weichmacher in Kunststoffen wie Phthalate oder Bisphenole, ebenso wie bestimmte Wirkstoffe in Pestiziden und Bioziden.

Was sagt die Wissenschaft?

In der wissenschaftlichen Gemeinschaft besteht weitgehend Konsens, dass hormonell wirksame Stoffe erhebliche gesundheitliche Schäden hervorrufen können. Die deutsche Gesellschaft für Endokrinologie empfiehlt der Politik, das Vorsorgeprinzip anzuwenden. So fordert der DGE Präsident Prof Köhrle „Aufklärungsmaßnahmen für besondere Bevölkerungsgruppen wie etwa schwangere Frauen und ein nationaler Aktionsplan zum Schutz vor solchen Umwelthormonen sind unverzichtbar.“⁶ Die internationale Endocrine Society stellt 2015 in ihrem zweiten, umfassenden wissenschaftlichen Statement zu endokrin wirksamen Chemikalien erneut den Zusammenhang zwischen verschiedenen Erkrankungen und der Exposition gegenüber EDCs deutlich heraus und mahnt, die Exposition gegenüber EDCs dringend zu verringern.⁷ Auch die Internationale Föderation für Gynäkologie und Geburtshilfe FIGO bestätigt in einer Stellungnahme von Oktober 2015 den immer deutlicher werdenden Zusammenhang zwischen vorgeburtlicher Exposition gegenüber gesundheitsschädlichen Chemikalien und verschiedenen Krankheiten und mahnt zu Vorsorgemaßnahmen.⁸ Die Weltgesundheitsorganisation und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen sprechen im Zusammenhang mit EDCs von einer globalen Bedrohung und fordern die Politik zum Handeln auf.⁹

Was sind die gesundheitlichen Folgen?

Gesundheitliche Schäden wie Fortpflanzungsstörungen, Unfruchtbarkeit, Fehlbildungen der Geschlechtsorgane, Brust-, Prostata- und Hodenkrebs, Verhaltens- und Entwicklungsauffälligkeiten bei Kindern oder chronische Erkrankungen wie Diabetes werden mit der Exposition gegenüber Hormongiften in Verbindung gebracht.¹⁰ Die Anzahl hormonbedingter Erkrankungen steigt so rasant an, dass sie

⁵ <https://endocrinedisruption.org/interactive-tools/tedx-list-of-potential-endocrine-disruptors/search-the-tedx-list>

⁶ <https://www.endokrinologie.net/pressemitteilung/schutz-vor-schaedlichen-umwelthormonen.php>

⁷ Gore, A. C., et al., (2015): EDC-2: The Endocrine Society's Second Scientific Statement on Endocrine-Disrupting Chemicals, Endocrine Reviews, 36(6):E1–E150; <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/26544531/>

⁸ https://www.figo.org/sites/default/files/uploads/News/Final%20PDF_8462.pdf

⁹ WHO (2012): State of the Science of Endocrine Disrupting Chemicals 2012 - Summary for Decision-Makers; www.unep.org/pdf/WHO_HSE_PHE_IHE_2013.1_eng.pdf

¹⁰ <https://endocrinedisruption.org/interactive-tools/tedx-list-of-potential-endocrine-disruptors/search-the-tedx-list>

nicht alleine durch genetische oder lebensstilabhängige Faktoren zu erklären ist. Besonders in sensiblen Zeitfenstern der perinatalen oder pubertären Entwicklung können EDCs bei der Entstehung hormonbedingter Krankheitsbilder eine Rolle spielen.^{11 12}

Wie hoch sind die Kosten?

Verschiedene Studien zeigen, dass die Gesundheitskosten durch die Exposition gegenüber EDCs in Europa horrend hoch sind. So beziffern aktuelle Untersuchungen diese Kosten in der EU, allein in Bezug auf männliche Fortpflanzungsstörungen, mit 15 Milliarden Euro jährlich¹³. Dabei wurden in der zugrundeliegenden Studie nur einige wenige hormonschädigende Stoffe berücksichtigt. Hinsichtlich der Zunahme von Übergewicht und Diabetes werden die Kosten auf über 18 Milliarden Euro jährlich¹⁴, und bei der Behandlung verhaltensneurologischer Defizite und Krankheiten auf über 150 Milliarden Euro jährlich¹⁵ beziffert.

Was sind die Folgen für die Umwelt?

Laut dem WHO/UNEP-Bericht (2012) und dem „Weybridge+15“- Bericht der europäischen Umweltbehörde¹⁶ können EDCs als Umweltschadstoffe Populationen schädigen, indem sie Fortpflanzungsstörungen verursachen, die Geschlechterverhältnisse verschieben oder das Verhalten von Wildtieren verändern. Die negativen Auswirkungen auf Umweltressourcen und Artenvielfalt können erheblich sein, wie die globalen und anhaltenden Auswirkungen des hormonell schädlichen Schädlingsbekämpfungsmittels DDT und des Bewuchsschutzmittels TBT zeigen. Die möglichen Umweltschäden werden in den Debatten um die Monetisierung der Folgekosten allzu oft außer Acht gelassen.

Weitere zusammenfassende aktuelle Informationen zu EDCs und der europäischen EDC-Politik bieten u.a. das Hintergrundpapier der Initiatoren¹⁷ und die zentralen Forderungen der NGO-Allianz EDC Free Europe¹⁸.

¹¹ WHO (2012): State of the Science of Endocrine Disrupting Chemicals 2012 - Summary for Decision-Makers; www.unep.org/pdf/WHO_HSE_PHE_IHE_2013.1_eng.pdf

¹² Berlaymont Declaration on Endocrine Disruptors (2013);

http://www.brunel.ac.uk/_data/assets/pdf_file/0005/300200/The_Berlaymont_Declaration_on_Endocrine_Disruptors.pdf

¹³ Bennett, D., et al, (2016): Project TENDR: Targeting Environmental Neuro-Development Risks The TENDR Consensus Statement; <https://ehp.niehs.nih.gov/doi/10.1289/EHP358>

¹⁴ Legler, J., et al (2015): Obesity, Diabetes and Associated Costs of Exposure to Endocrine Disrupting Chemicals in the European Union, In: J Clin Endocrinol Metab; <http://public-files.prbb.org/publicacions/272d2150-aa0d-0132-59e7-525400e56e78.pdf>
<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/25742515>

¹⁵ EEA (2012): The impacts of endocrine disruptors on wildlife, people and their environments. The Weybridge+15 (1996–2011) report; <https://www.eea.europa.eu/publications/the-impacts-of-endocrine-disruptors>

¹⁷ HEISupport, PAN Germany, WECF (2020): Forderungspapier und Hintergrundpapier zu EDCs <https://hej-support.org/hormongifte-stoppen>

¹⁸ EDC Free Europe (2020): <https://www.env-health.org/wp-content/uploads/2020/09/September-2020-EDC-Free-Europes-key-recommendations-for-a-reformed-European-regulatory-framework-on-EDCs.pdf>

Wir fordern einen EDC Aktionsplan für den Schutz von Umwelt und Gesundheit

Vier Bereiche, ein Ziel!

Reduzierung der Exposition gegenüber EDCs

Unsere Forderungen beziehen sich hauptsächlich auf folgende Bereiche:

- 1) Strengere Regulierung in Deutschland und Europa
- 2) Aufklärung und Information
- 3) Forschung und Innovation
- 4) Transparenz für Verbraucher*innen



Strengere Regulierung in Deutschland und Europa

Leider sind die bereits bestehenden Regulierungen auf EU-Ebene unzureichend und oft besteht ein Vollzugsdefizit, daher garantieren sie keinen ausreichenden Schutz für Mensch und Umwelt. Es werden voraussichtlich Jahrzehnte vergehen, bis alle EDCs identifiziert und reguliert sind. Daher ist es dringend notwendig, dass die Bundesregierung jetzt zusätzliche Maßnahmen ergreift, um die Exposition gegenüber bekannten und verdächtigen EDCs zu reduzieren. Dazu gehört es, Minderungsmaßnahmen für die Verwendung von hormonell schädlichen Industriechemikalien, Pestiziden und Bioziden zu initiieren, Alternativen zu fördern und die Bevölkerung besser über Risiken und Alternativen zu informieren. Andere EU-Länder tun dies bereits. So hat z.B. Frankreich zum zweiten Mal einen umfangreichen Aktionsplan zum Schutz vor EDCs aufgestellt. Grundsätzlich sollte die Bundesregierung schneller auf Warnungen aus der Wissenschaft reagieren und bei potenziellen Gesundheits- und Umweltgefahren eine Überprüfung der Stoffzulassung für alle Anwendungsarten vornehmen.

Die Bundesregierung soll folgende Maßnahmen umsetzen:

- Beauftragung eines Berichts des Sachverständigenrates für Umweltfragen zur effektiven Umsetzung und Monitoring von EDC-relevanten Gesetzgebungen und einer Ideensammlung von möglichen niederschweligen nationalen Maßnahmen zur Reduzierung der EDC Exposition gegenüber Mensch und Umwelt
- Einführung von ökonomischen Lenkungsinstrumenten wie Steuern und Abgaben für gefährliche Chemikalien, inklusive EDCs, wie z.B.
 - für Produkte und Verfahren, die SVHCs (Substances of Very High Concern) enthalten
 - eine risikobasierte Pestizidabgabe
 - die Förderung der Anwendung nachhaltiger Alternativverfahren, z.B. im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
- Verbot von EDCs in Alltagsprodukten, insbesondere in Produkten für Schwangere und Kinder
- Machbarkeitsprüfung von weiteren nationalen Verboten von EDCs in Produkten
- Verbot von endokrinen Pestiziden und Bioziden zur Reduzierung der Rückstände in Lebensmitteln und Innenräumen; keine Aufweichung bestehender Schutzstandards bezüglich der erlaubten Rückstandshöchstmengen bei importierten Lebensmitteln aus Drittstaaten
- Verbot von chemisch-synthetischen Pestiziden und Bioziden für Laien, z.B. für den Einsatz im Haus- und Kleingarten oder in Innenräumen
- Trinkwasserschutz
 - verpflichtende und regelmäßige Überwachung von verdächtigen oder identifizierten EDCs in Grund- und Rohwässern
 - kontinuierliche Anpassungen der Umwelt-, Lebensmittel- und Trinkwasserüberwachung der Bundesländer an den wissenschaftlichen Kenntnisstand zu EDCs

- Reduktion des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und auf öffentlichen Grünflächen
 - Entwicklung von spezifischen Zielen für eine grundsätzliche Pestizidreduktion gemäß der EU-Rahmenrichtlinie für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (2009/128/EG), der Farm to Fork Strategie¹⁹ und der Biodiversitätsstrategie 2030²⁰
 - Unterstützung der Ziele der Europäischen Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ durch die Bundesregierung (s. <https://www.savebeesandfarmers.eu/deu/>)
- Reduktionsmaßnahmen von Biozidprodukten und biozidbehandelten Gegenständen im öffentlichen Raum und kommunalen Einrichtungen

Strengere Regulierung in der Europäischen Union

Grundsätzlich ist es positiv, dass durch Initiative des deutschen Umweltbundesamtes (UBA) bereits einige Stoffe auf EU Ebene unter REACH als EDCs identifiziert wurden. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung für die schnelle Entwicklung einer breiten und starken EU-Strategie zu EDCs einsetzen und dafür sorgen, dass diese dann auch in Deutschland umgesetzt wird. Außerdem soll sie sich für folgende Maßnahmen auf EU-Ebene einsetzen. Der Follow up zum EDC Fitness Check²¹ und EU *Chemicals Strategy on Sustainability*²² bieten den relevanten Rahmen.

- Einheitliche Identifizierung aller EDCs im Rahmen europäischer Gesetzgebung
- Einheitliche Klassifizierung von bekannten und verdächtigen EDCs
 - Festlegung eines Klassifizierungssystems in 3 Klassen vergleichbar zu CMR-Stoffen in der CLP-Verordnung
- Einheitliche Kennzeichnung aller bekannten und verdächtigen EDCs
 - EU-weite Kennzeichnungen von Produkten mit verdächtigen und identifizierten EDCs, solange diese nicht verboten sind bzw. eine Exposition von Mensch und Umwelt nicht auszuschließen ist
 - Aufnahme einer Kennzeichnung von EDCs in die CLP-Verordnung 1272/2008/EG mit Einführung eines Gefahrensymbols und Gefahrenhinweise für EDCs
- Verbot von EDCs in Produkten des täglichen Bedarfs wie Textilien, Kunststoffartikeln und -verpackungen oder Artikeln für Säuglinge und Kleinkinder
- Verbot von EDCs im EU-Ecolabel und anderen Umweltzeichen (z.B. Blauer Engel, Nordic Swan)

¹⁹ https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/f2f_action-plan_2020_strategy-info_en.pdf

²⁰ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1590574123338&uri=CELEX%3A52020DC0380>

²¹ <https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/targeted-stakeholder-consultation-context-fitness-check-eu-legislation-regard-endocrine-disruptors>

²² <https://ec.europa.eu/environment/pdf/chemicals/2020/10/Strategy.pdf>

- Pestizide und Biozide
 - Die Identifizierung von hormonschädlichen Pestiziden und Bioziden sollte beschleunigt werden, um schnellstmöglich die gesetzlich vereinbarten Verwendungsverbote umzusetzen
 - Genehmigte Pestizide und Biozide sind unverzüglich in Hinblick auf ihre endokrinen Eigenschaften nachzuprüfen. Dafür sind Prioritätenlisten zu erstellen.

Aufklärung und Information

Die Europäische Kommission fordert in ihrem Kommunikationsdokument zu EDCs²³ alle Mitgliedsstaaten auf, Aufklärungs- und Informationskampagnen für die Öffentlichkeit durchzuführen und dabei besonders Schwangere zu adressieren. Wir erwarten daher von der Bundesregierung, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Informationskampagne für alle, die mit Kindern leben und arbeiten, mit dem Ziel der Expositionsreduktion, zum Beispiel im Rahmen einer Kampagne, ähnlich der Impf- oder AIDS-Kampagnen
- Informationskampagne speziell für Schwangere mit dem Ziel der Expositionsreduktion
 - Entwicklung und Verbreitung von Informationsmaterialien für Schwangere
 - Entwicklung und Implementierung eines Warnzeichens auf Produkten für Schwangere, wie z.B. in Frankreich
- Informationskampagne und Weiterbildung für Ärzte*innen, Hebammen und andere Gesundheitsexpert*innen
- Förderung des Konzepts der EDC- und pestizidfreien Kommunen und Städte

Transparenz für Verbraucher*innen

Bisher ist es Verbraucher*innen, außer in Kosmetikartikeln, unmöglich zu wissen, ob sich EDCs in Produkten befinden. Es können somit keine informierten Kaufentscheidungen getroffen werden. Auch Behörden können ohne eigene Tests nicht feststellen, ob sich schädliche Inhaltsstoffe in Produkten befinden. Im Zuge einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft ist volle Transparenz geboten. Neue Technologien machen eine Deklarationspflicht und die Nachverfolgbarkeit von Schadstoffen möglich. Wir fordern daher:

²³ <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2018/EN/COM-2018-146-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF>

- Lückenlose Rückverfolgbarkeit von EDCs in Produkten, auch um EDCs in Recyclingprodukten zu vermeiden, solange diese nicht verboten sind.
- Verbot von EDCs auch in recycelten Materialien
- Deklarationspflicht für Produzenten und Handel. Jeder Anbieter muss Verbraucherinformationen zu den Inhaltsstoffen seiner Produkte, inklusive der Verpackung, unmittelbar (also auf dem Produkt oder der Verpackung) zur Verfügung stellen.
- Veröffentlichung einer Liste von EDCs und potentiellen EDCs, damit Verbraucher*innen und professionelle Anwender*innen anhand von Stofflisten informiert werden.
- Auskunftsrecht von Verbraucher*innen stärken und implementieren; regelmäßige und öffentliche Berichterstattung von Vermarktungs-, Verwendungs- und Monitoringdaten bekannter und verdächtiger endokrin schädlicher Chemikalien, Pestizide und Biozide

Forschung und Innovation

Wissenschaftler*innen fordern eine strikte Regulierung von EDCs, auch da viele Faktoren, vor allem die Effekte von Gemischen und den Auswirkungen bei gleichzeitiger Exposition gegenüber verschiedenen Substanzen, weiter erforscht werden müssen. Außerdem sollte die Entwicklung von sicheren, innovativen, auch nicht-chemischen Alternativen in verschiedenen Bereichen, in denen hormonschädliche Substanzen zum Einsatz kommen, gefördert werden. Wir fordern folgende Maßnahmen:

- Ersetzen der klassischen Risikoabschätzung von Einzelsubstanzen durch eine gefahrenbasierte Bewertung ganzer Substanzgruppen (grouping), sofern falsch-negativ Bewertungen auszuschließen sind, im Sinne der Einsparung von Tierexperimenten und Prüfkapazitäten
- Aktualisierung von Prüfverfahren und Screeningmethoden
 - EU-weite Initiativen der Forschungsförderung zur weiteren Entwicklung aussagekräftiger Screening- und Testmethoden für die Identifizierung von EDCs.
 - Kontinuierliche Verbesserung der Leitlinien und Schließung der Bewertungslücken
 - Die Politik hat die Industrie in die Verantwortung zu nehmen, Daten mit ausreichender Beweiskraft zur Verfügung zu stellen, und dafür Sorge zu tragen, dass die Datenerhebung und -bewertung industrieunabhängig erfolgt
 - Entwicklung empfindlicher Testmethoden mit neuen Wirkendpunkten zur Identifizierung von Effekten auf die Hirnentwicklung und ihre entsprechende Einbindung in die Prüfverfahren der Stoffregulierung
- Förderung von Alternativen, Vermeidung von schädlichen Alternativen

- Berücksichtigung von Stoffen, die gefährliche oder verbotene Chemikalien ersetzen sollen, in das deutsche Human Biomonitoring Programm und der EU-Human-Biomonitoring Initiative
- Unterstützung und Mobilisierung von Firmeninitiativen zum Ausstieg aus der Verwendung von EDCs
- Ressortübergreifende Förderung von Alternativen, auch von nicht-chemischen Alternativen und Alternativverfahren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Maßnahmen umgehend umzusetzen. EDCs sind ersetzbar, ein Ausstieg ist notwendig, um den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu gewährleisten.

Kontakt

Koordination: HEJSupport, Alexandra Caterbow, alexandra.caterbow@hej-support.org, www.hej-support.org

Mit-Initiatoren:

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany), Susanne Smolka, susanne.smolka@pan-germany.org, www.pan-germany.org

WECF Germany, Johanna Hausmann, johanna.hausmann@wecf-consultant.org, www.wecf.org